

## Niederschrift



Gremium: **28. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**  
**31. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses**

Sitzungsdatum: **Dienstag, den 28.06.2011**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**

Beginn: 14:05 Uhr Ende: 16:45 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**  
Martin Sailer

### **Bau- und Umweltausschuss**

**Mitglieder:**

Peter Baumeister  
Hansjörg Durz  
Ulrike Höfer  
Peter Högg  
Annegret Kirstein  
Henriette Kirst-Kopp  
Rudolf Lautenbacher  
Gerhard Mößner  
Franz Neher  
Alfred Sartor  
Jürgen Schantin  
Joachim Schoner  
Franz Settele  
Stefan Steinbacher  
Robert Wittmann

**Verwaltung:**

Sigrid Hausotter  
Alfred Schühler  
Frank Schwindling

## **Schul- und Kulturausschuss**

### **Mitglieder:**

Manfred Buhl  
Renate Durner bis 15:53 Uhr  
Annemarie Finkel  
Sabine Grünwald  
Sabine Höchtl-Scheel  
Fritz Hölzl  
Gabriele Huber  
Karl Heinz Jahn  
Paul Reisbacher  
Dr. Max Stumböck  
Carolina Trautner  
Bernhard Walter  
Frank Weiher

### **Verwaltung:**

Armin Falkenheim  
Dr. Walter Michale  
Michael Püschel  
Martin Seitz

### **Weitere Anwesende:**

Peter Krauß, Paul-Klee-Gymnasium  
Günter Manhardt, Paul-Klee-Gymnasium  
Herbert Schuhknecht, Stv. Ministerialbeauftragter für Gymnasien in Schwaben

### **Schriftführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

1. Gymnasium Diedorf  
a) Raumprogramm  
b) Standortentscheidung auf der Basis der fortgeschriebenen Machbarkeitsstudie  
Vorlage: 11/0144  
**Bau- und Umweltausschuss, Schul- und Kulturausschuss**
2. Verschiedenes  
**Bau- und Umweltausschuss, Schul- und Kulturausschuss**
3. Wünsche und Anfragen  
**Bau- und Umweltausschuss, Schul- und Kulturausschuss**

### Nichtöffentliche Sitzung

4. Gymnasium Diedorf;  
Erwerb von Schulpavillons - Bewilligung weiterer überplanmäßiger Ausgaben  
Vorlage: 11/0155  
**Bau- und Umweltausschuss, Schul- und Kulturausschuss**
5. Verschiedenes  
**Bau- und Umweltausschuss**
6. Wünsche und Anfragen  
**Bau- und Umweltausschuss, Schul- und Kulturausschuss**

### Öffentliche Sitzung

8. Volkssternwarte und Planetarium Streitheim e. V.;  
Landkreiszuschuss zum Bau eines Planetariumsgebäudes mit Einrichtung  
Vorlage: 11/0148  
**Schul- und Kulturausschuss**
7. Fortschreibung Schulgutachten;  
Auftrag  
Vorlage: 11/0145  
**Schul- und Kulturausschuss**
9. Budgetverteilung für freiwillige Leistungen  
im Bereich der Musikpflege im Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 11/0103  
**Schul- und Kulturausschuss**

10. Verschiedenes  
**Schul- und Kulturausschuss**

11. Wünsche und Anfragen  
**Schul- und Kulturausschuss**

### **Nichtöffentliche Sitzung**

12. Sicherheit in Schulen (Videoüberwachung, Alarmanlagen,  
Amksicherung, Sicherung Serverräume)  
Vorlage: 11/0147  
**Schul- und Kulturausschuss**

13. Verschiedenes  
**Schul- und Kulturausschuss**

14. Wünsche und Anfragen  
**Schul- und Kulturausschuss**

## Öffentliche Sitzung

**TOP 1    Gymnasium Diedorf**  
**a) Raumprogramm**  
**b) Standortentscheidung auf der Basis der fortgeschriebenen**  
**Machbarkeitsstudie**  
**Vorlage: 11/0144**

Anlagen:        Stellungnahme Schule 4-zügig  
                  Raumprogramm 4-zügig

### Sachverhalt:

#### **Raumprogramm**

Im Schuljahr 2011/2012 werden 152 Schülerinnen und Schüler die 5. Klasse des in Gründung befindlichen Gymnasiums in Diedorf besuchen, sodass fünf Eingangsklassen gebildet werden können.

Bisher war aufgrund gutachtlicher Prognosen beim Gymnasium Diedorf (i.Gr.) von einer stabilen Dreizügigkeit auszugehen. Aufgrund geänderter Zugangsvoraussetzungen, höherer Übertrittsquoten aus dem westlichen Landkreis sowie tatsächlicher Umlenkeeffekte von stadtnahen Gebieten nach Diedorf ist auch in den kommenden Jahren von höheren Anmeldezahlen auszugehen als bisher angenommen. So stammen 41 Schüler und damit über ein Viertel der Diedorfer Schülerschaft aus stadtnahen Gemeinden (3 Augsburgs Schüler sowie 25 Schüler aus Neusäß und 13 Schüler aus Stadtbergen mit Ortsteilen).

Der Landkreis geht zusammen mit der Schulleitung, die ihre Argumente für ein mindestens 4-zügiges Gymnasium in einem separaten Schreiben erläutert hat (Anlage 1), aufgrund der vorgenannten Gründe davon aus, dass das in Gründung befindliche Gymnasium in Diedorf künftig im Durchschnitt vier- statt wie bisher geplant dreizügig sein wird. Gemeinsam mit der Schulleitung hat die Schulverwaltung das beigefügte Schulbauprogramm (Anlage 2) entworfen.

Die Schulverwaltung hat aufgrund der geänderten Situation den Ministerialbeauftragten für Gymnasien in Schwaben um seine Einschätzung gebeten, ob der Landkreis bei seinen weiteren Planungen anstatt von einem dreizügigen von einem vierzügigen Gymnasium ausgehen soll und kann. Die Stellungnahme des Ministerialbeauftragten steht noch aus.

#### **Standortentscheidung auf der Basis der fortgeschriebenen Machbarkeitsstudie**

In der gemeinsamen Sitzung des Schul- und Kulturausschuss sowie Bau- und Umweltausschusses vom 15.3.2011 wurde die Machbarkeitsstudie des Architekturbüros Obel & Partner, Donauwörth vorgestellt. Die Machbarkeitsstudie sollte Aufschluss darüber geben, wie hoch der Aufwand für die Errichtung eines 3-zügigen Gymnasiums ist, um aus dem vorhandenen Gebäudebestand einschließlich der erforderlichen Erweiterungen ein unter wirtschaftlichen und funktionalen Gesichtspunkten sinnvolles neues Gymnasium an diesem Standort zu schaffen. Dabei war neben dem Bestandsgebäude auch der Bedarf an Freiflächen, Stellplätzen, Pausenhofflächen etc. zu berücksichtigen. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass nur die Varianten 1 a (Bestand und Ergänzung) und die Variante 2 (Neubau) in Frage kommen. Die Variante 1 b wurde in der Sitzung bereits als nicht

praktikabel ausgeschlossen. Bezüglich des Standortes Variante 2 wurde der Auftrag erteilt, insbesondere den Lärmschutz und die Bodenbeschaffenheit im Vorfeld zu prüfen. Das Architekturbüro Obel & Partner wurde gebeten die Machbarkeitsstudie im Hinblick auf die Errichtung eine 4-zügigen Gymnasiums fortzuschreiben. Weitere Ausführungen hierzu erfolgen in der Sitzung.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input checked="" type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt.	HhSt. 1.2356.9400
			€ 100.000 €
			VE 4.650.000 €
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

Bemerkungen:

**Herr Falkenheim** legt den Sachverhalt dar.

Der stellvertretende Ministerialbeauftragte, **Herr Schuhknecht**, erklärt, er könne die Maßnahme, wie sie jetzt vorgestellt wurde, zu 100 % unterstützen. Schon vor einigen Jahren sei das Schulgutachten von einer Dreizügigkeit ausgegangen. Aufgrund der neuen Entwicklungen sei eine Vierzügigkeit nun durchaus sinnvoll.

**Kreisrat Hölzl** möchte dies unterstreichen. Im Schreiben der Schulleitung werde auch von einer 5-Zügigkeit gesprochen. So hoch sollte das Ganze nicht angesetzt werden. Das Raumprogramm spreche für sich. Dieses sei entsprechend abgestimmt und vorbereitet, weshalb das Raumprogramm von der CSU-Fraktion so akzeptiert werde.

**Kreisrätin Grünwald** stimmt dem Raumprogramm für eine 4-Zügigkeit ebenfalls zu. Zum Titel „Bibliothek und Räume für Lehrkräfte“ erkundigt sich Kreisrätin Grünwald nach den darin enthaltenen 10 Arbeitsboxen á 6 m<sup>2</sup>.

Diese 10 Arbeitsboxen sind laut **Herrn Manhardt** auf das Ganztagsangebot ausgerichtet. Immer häufiger hätten Lehrer Lücken in ihrem Stundenplan und seien aber oftmals den ganzen Tag an der Schule. Statt offenen Plätzen im Lehrerzimmer würde man damit über abgetrennte Bereiche für die Lehrer verfügen, in denen jeder für sich arbeiten könne.

Im Anschluss daran erfolgt die Vorstellung der Fortschreibung zur Machbarkeitsstudie aufgrund der jetzt geplanten 4-Zügigkeit durch **Herrn Obel**.

Bezüglich der Ausgleichsflächen merkt **Herr Schwindling** an, dass als Kostenprognose seitens der Bauverwaltung die genannten 500.000 € angesetzt wurden, die in der ursprünglichen Machbarkeitsstudie gefehlt hätten. Zwischenzeitlich habe man bei einem Landschaftsarchitekturbüro in Neusäß eine Studie in Auftrag gegeben, weil man wissen wollte, ob dieser Ansatz auch fachgerecht sei. Die Studie habe ergeben, dass sich die Kosten in einer Spanne von rd. 250.000 € - 550.000 € bewegen, je nachdem, wo diese Ausgleichsflächen in welcher

Qualität errichtet werden. Herr Schwindling geht davon aus, dass dies auch im Rahmen des Baugrundstücks erfolgen könnte.

**Kreisrat Hölzl** stellt fest, dass für den bisherigen Standort in der Mitte der Gemeinde mit Sanierung und Erweiterung 26,4 Mio. € angesetzt sind. Ein kompletter Neubau berechne sich mit rd. 25,8 Mio. €. Herr Obel habe außerdem erklärt, dass bei einem eventuellen Neubau auch eine Dreifachsporthalle geboten wäre.

Die bestehende Schule, die dem Schulverband gehöre, sollte ursprünglich durch den Landkreis abgelöst werden. Wenn man über Kosten spreche, dann müsse man über diese mögliche Alternative ebenfalls konkret nachdenken und hierfür konkrete Zahlen haben. Kreisrat Hölzl hält fest, dass die Sanierung und Erweiterung am Altstandort (Alternative 1) und der Neubau westlich der Bahntrasse (Alternative 2) somit ungefähr auf das Gleiche hinauslaufen würde.

**Herr Schwindling** erklärt, dass über irgendwelche Ablösebeträge mit dem Markt Diedorf nie diskutiert worden sei. **Landrat Sailer** meint, dass dennoch gedanklich bei der Alternative 1 noch ein Betrag x für die dauerhafte Nutzung oder eine Ablösung bei der Marktgemeinde hinzugerechnet werden müsste. Im Moment habe der Landkreis einen Vertrag zur Nutzung der Räumlichkeiten.

**Herr Püschel** teilt mit, dass das Grundstück unentgeltlich überlassen wird. Beim Mietpreis werde das Grundstück gedanklich abgezogen und die Miete somit nur noch für die Räume bezahlt. Es sei richtig, dass man bisher davon ausgegangen sei, diese Räume nur anzumieten. Allerdings sei zu dem Zeitpunkt in den Vorverhandlungen mit dem Markt Diedorf und dem Schulverband auch noch nicht klar gewesen, dass man in entsprechendem Umfang sanieren und auch im Bestand eingreifen müsse. Eine Miete würde dann keinen Sinn mehr machen. Vielmehr müsste der Erwerb des Gebäudes erfolgen und dieser somit finanziert werden.

**Kreisrat Hölzl** geht davon aus, dass die Gemeinde dem Landkreis das Grundstück auch im Falle eines Neubaus voll erschlossen und baureif überlässt.

**Herr Püschel** verweist darauf, dass der Landkreis solche Grundstücke bisher zwar unentgeltlich bekommen hat, jedoch die Erschließung übernommen werden musste. Deshalb müsste diesbezüglich nochmals mit der Gemeinde gesprochen werden.

Die Ausgleichsflächen sind aus Sicht von **Landrat Sailer** Aufgabe des Landkreises, während das Grundstück kostenlos und somit auch voll erschlossen vom Markt Diedorf zur Verfügung gestellt werden sollte.

**Kreisrat Steinbacher** betont, dies seien Detailfragen, die noch diskutiert werden müssen. Heute gehe es um die Grundsatzentscheidung. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Aufgrund der Kostensituation sei der neue Standort klar zu favorisieren. Beim bisherigen Standort sei zu berücksichtigen, dass sich die Schule mitten im Ort befinden würde und noch 1.000 Schüler mehr darin bewegt werden müssten. Der neue Standort biete hier entscheidende Vorzüge.

**Kreisrat Buhl** führt an, es spreche objektiv sehr viel für einen Neubau. Er erinnert an die ersten Überlegungen, die vorhandene Schule zu nutzen und einen kleinen Neubau für 10 Mio. € zu machen. Heute sehe man, wie weit man von der Realität eingeholt worden sei. Die 10 Mio. € seien weit entfernt von den wirklichen Notwendigkeiten. Man müsse auch sehen, wie das Ganze nun finanziert werde. Die 30 Mio. €, die jetzt zu Buche stünden, seien bisher in dieser Größenordnung nirgendwo verankert. FPD und ödp fordern deshalb, eine Fortschreibung der Investitionen vorzulegen, und zwar sowohl im Bau- und Umweltausschuss

hinsichtlich der Zeitfenster als auch im Kreisausschuss, der letztendlich für die Finanzierung zuständig sei.

**Kreisrat Neher** stellt fest, dass der neue Standort am Bahnhof auch vom Bahnhof her mit einer Unterführung erschlossen werden muss. Er möchte wissen, wie dies angedacht ist bzw. welche Perspektiven hierzu aufgezeigt werden können.

Von **Herrn Schwindling** wird ausgeführt, dass die Unterführung am Bahnhof schon vorhanden ist. Die Schüler könnten, egal aus welcher Richtung sie kommen, am Bahnhof aussteigen. Auf der anderen Seite des Bahnhofs befinde sich ein P+R-Platz, der übergangsweise auch zur Busandienung herangezogen werden könnte.

Ein offener Punkt sei auch noch die Frage des Lärmschutzes gewesen. Hierzu wurde ein Gespräch mit der unteren Immissionsschutzbehörde geführt. Diese sehe den von Herrn Obel im Lageplan bezeichneten Standort aus immissionsschutzfachlicher Sicht als unproblematisch an. Darüber hinaus könnte im Rahmen des Wettbewerbs in der Auslobung darauf hingewiesen werden, dass hier Probleme vorhanden seien. Die Räume könnten im endgültigen Entwurf dann so orientiert werden, dass keine unmittelbaren Lärmeinwirkungen mehr stattfinden. Hinzu komme, dass man beim energetischen Standard zwischenzeitlich so weit sei, dass bei Neubauten ohnehin Passivhausstandard realisiert werde. Im Regelbetrieb werde der Unterricht bei geschlossenen Fenstern stattfinden, so dass man diesbezüglich keine Probleme zu erwarten habe.

**Kreisrat Neher** betont, es handle sich hier um eine Entscheidung für 20 – 30 Jahre. Im Grunde spreche alles für den neuen Standort am Bahnhof mit allen Möglichkeiten der Erweiterung und der Unterbringung der Sportanlagen sowie einer guten Verkehrsanbindung. Kreisrat Neher macht ferner deutlich, dass für ihn bei der Entscheidung für den Standort Diedorf klar gewesen sei, dass man in eine Größenordnung wie in Königsbrunn mit rd. 25 Mio. € kommen werde. Auch in Stadtbergen wäre man nicht um einen Neubau herum gekommen. Die 10 Mio. € seien hier so nie diskutiert worden. Vielmehr sei dies einmal von der Verwaltung angedacht gewesen. Bei der Entscheidung müsse man die langfristige Perspektive unter Berücksichtigung der derzeitigen Entwicklung in der Schuldiskussion sehen.

Im Anschluss daran informiert **Herr Schwindling** über die von einem Fachbüro durchgeführte Überprüfung des Baugrundes am Standort beim Bahnhof. Der Gutachter habe sich bei seinen Untersuchungen am Entwurf von Herrn Obel für den Standort des künftigen Gymnasiums und der Turnhalle orientiert. Hierfür wurden in erheblichem Umfang Rammsondierungen gemacht. Im Bereich des Gymnasiums stehe Grundwasser in einem Bereich von etwa 3,25 m an, im Bereich der Turnhalle etwa bei 3,50 – 3,60 m. Die Untergrundverhältnisse im Bereich der künftigen Turnhalle seien unproblematisch. Im Bereich des Gymnasiums müssten aufgrund von vorhandenen weicheren Sanden Baugrundverbesserungsmaßnahmen in einer Größenordnung von rd. 90.000 € vorgenommen werden. Hierfür wurde eine sog. Rüttelstopfverdichtung vorgeschlagen. Herr Schwindling teilt mit, dies entspreche aus Sicht der Verwaltung den üblichen Baugrundverhältnissen für solche Maßnahmen im westlichen Landkreis. Rüttelstopfverdichtungen mussten bisher sowohl bei der Realschule Zusmarshausen als auch bei der Helen-Keller-Schule Dinkelscherben vorgenommen werden. Man habe zwar an diesem Standort mit wechselnden Baugrundverhältnissen auf dem Grundstück selbst zu rechnen. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen würden sich aber im üblichen Rahmen bewegen.

Zur Straßenerschließung (Durchfahrt bei Borscheid + Wenig unter Bahngelände) meint **Kreisrat Hölzl**, dass nach Westen hin eine Korrektur für die Busse vorgenommen werden müsste. Dies ist laut **Landrat Sailer** so vorgesehen.

**Kreisrat Durz** kommt auf den Zugang vom Bahnhof zum Pausenhof – wie im Plan eingezeichnet – zu sprechen und möchte wissen, ob hierfür von Seiten des Landkreises Maß-



nahmen erforderlich sind. **Herr Obel** erläutert, dass die Verbindung prophylaktisch eingezeichnet wurde. Herr Schwindling habe deutlich gemacht, dies wäre weit vorausschauend, falls hier tatsächlich einmal die B 300 gebaut würde und ein drittes Bahngleis hinzu kommen sollte. Momentan reiche die vorhandene Unterführung vollkommen aus.

Des Weiteren weist **Kreisrat Durz** darauf hin, dass bei den Kosten für den Standort beim Bahnhof auch die Kosten für eine Turnhalle gleich mit berücksichtigt und realistischerweise 32 Mio. € angedacht werden müssten. Am oberen Standort bräuchte man aber wohl ebenfalls eine Turnhalle. An diesem Standort ist laut **Herrn Obel** eine Dreifachsporthalle vorhanden, die aber aus Sicht von **Landrat Sailer** im Falle einer Vierzügigkeit wahrscheinlich nicht mehr ausreichen würde.

**Herr Püschel** teilt mit, der Landkreis bezahle heute schon Miete für die Nutzung der Dreifachsporthalle. Bei einem Vergleich der Kosten beider Standorte muss somit nach Auffassung von **Kreisrat Durz** ein Vergleich der Schulstandorte selbst erfolgen. Die Mehrkosten beim Standort 2 für die Turnhalle würden beim vorhandenen Standort in Form von Mietzahlungen anfallen.

**Herr Obel** gibt bei der Entscheidung zu bedenken, dass kurzfristig Kompromisse tolerierbar seien. Wenn eine neue Generation komme oder ein Direktorenwechsel stattfinde, dann seien wieder ganz andere Ansprüche vorhanden. Beim bestehenden Standort seien keine Außenspielflächen (100 m-Bahn, Rasenspielfeld) nachgewiesen. Die Erweiterung am bestehenden Standort werde immer ein Anhängsel sein, zumal diese organisatorisch wie baulich etwas kompliziert wäre. Zudem erschwere sich die verkehrliche Situation aufgrund der hinzu kommenden rd. 760 Schüler. Auch hier müssten im Zusammenhang mit der angrenzenden Wohnbebauung eventuell noch einige Bedenken bereinigt werden.

**Kreisrätin Grünwald** bezieht sich auf die Fortschreibung der Kosten bei den unterschiedlichen Standorten von der Drei- zur Vierzügigkeit. Bei einer Vierzügigkeit lande man am Standort 2 bei ungefähr 26 Mio. € und damit grob gerechnet bei Mehrkosten von einem Viertel. Beim Standort 1a hätten sich bei der Dreizügigkeit für einen Umbau Kosten in Höhe von 15 Mio. € errechnet, für eine Vierzügigkeit würden nun 26 Mio. € entstehen. Kreisrätin Grünwald erachtet diesen Unterschied als sehr hoch.

**Landrat Sailer** wendet ein, dass für eine Erweiterung plus Umbau und Instandsetzung bereits 20 Mio. € veranschlagt waren, nicht wie von Kreisrätin Grünwald dargelegt 15 Mio. €.

Entgegen der letzten Machbarkeitsstudie enthält die jetzt vorliegende Fassung nach Aussage von **Herrn Schwindling** eine Kostensteigerung von 10 % als Unsicherheitsfaktor für den Umbau.

**Kreisrat Schoner** erklärt, Herr Obel habe bei der Vorstellung der Dreizügigkeit bereits davon abgeraten, sich auf den vorhandenen Standort bei der Schule festzulegen. Heute sei man bei der Vierzügigkeit, weshalb Herr Obel eigentlich heute dringendst davon hätte abraten müssen, hier überhaupt noch weiterzudenken.

Die Grünen hätten sich schon sehr früh für den Standort am Bahnhof entschieden. Dort könne man zukunftsweisend energetisch bauen. Zukunftsweisend bedeute, dass man noch weiter denke und in Richtung Nullenergie- oder Plusenergiestandard gehe. Vor knapp zwei Wochen habe in Berlin ein Seminar zu Plusenergieschulen stattgefunden. Mittlerweile gebe es drei solcher Schulen in Deutschland. Kreisrat Schoner bittet die Verwaltung darum, den Kreisräten hierzu Unterlagen zukommen zu lassen. Die Energiewende werde schließlich nicht in Berlin, sondern vor Ort an jedem einzelnen Projekt eingeleitet.

**Landrat Sailer** gibt zu verstehen, man werde sich dann intensiv mit diesen Details beschäftigen, wenn man die Standortfrage miteinander geklärt habe.

Von **Kreisrat Walter** werden die nicht gedeckten Sportstätten thematisiert. Dass am alten Standort ein großer Allwetterplatz zusätzlich vorhanden sei, trage wohl der Tatsache Rechnung, dass dort auch die Grundschule stehe. **Herr Obel** erklärt, dies hänge damit zusammen, dass der große Rasenspielfeld nicht nachgewiesen werden könne, weshalb alternativ ein zusätzlicher Hartplatz mit 28 x 44 m vorgesehen wurde. Der größere Hartplatz am Standort 2 wäre ebenfalls 28 x 44 m groß.

**Kreisrat Weiher** stellt fest, die Fakten sprechen eine klare Sprache. Seines Erachtens sei nur die Variante 2 sinnvoll, und zwar aus den von den anderen Kollegen bereits klar und deutlich artikulierten Gründen. Konkret spricht Kreisrat Weiher noch die bei der Variante 2 ausgewiesenen 74 Stellplätze an. Diese Zahl erscheine ihm insbesondere bei der Abhaltung von Veranstaltungen zu wenig.

Eine Vergrößerung des Parkplatzes ist auf dem zur Verfügung stehenden Grundstück laut **Herrn Obel** ohne Weiteres machbar. Die Stellplätze wurden anhand der Stellplatzrichtlinie berechnet. Hierbei handle es sich um das Minimum, das dargestellt werden müsse. Herr Weiher habe aber Recht, dass in der Praxis wesentlich mehr Stellplätze zur Verfügung stehen müssten.

**Kreisrat Wittmann** verweist darauf, dass bei der Realschule Meitingen die Lüftungsanlage in den Keller verlegt wurde. Dies habe nicht unerhebliche Kosten aufgrund der Grundwasserproblematik nach sich gezogen. Laut Baugrundgutachten wäre das Grundwasser für einen Keller recht hoch. Kreisrat Wittmann möchte daher wissen, ob das Gebäude ohne Unterkellerung geplant ist. Dies wird von **Herrn Obel** bestätigt. **Herr Schwindling** zitiert aus dem Gutachten, wonach bei nicht unterkellertem Bauweise ein Aufwand für das ca. 1.400 m<sup>2</sup> große Baufeld von 80.000 – 90.000 € angenommen werden könne und bei unterkellertem Bauweise in etwa der gleiche Aufwand für Maßnahmen der Baugrubensicherung und Wasserhaltung sowie für Bodenaustausch zum Tragen kommen dürfte.

**Landrat Sailer** meint, es sollte im Nachgang nochmals darüber diskutiert werden, ob eine Unterkellerung erfolgen muss.

**Kreisrat Durz** merkt grundsätzlich an, dass bei einer Gegenüberstellung der Planung und Kostenberechnung beider Standorte nur eine Lösung bleibe, und zwar der Standort 2. Was die ökologische Bauweise anbelange, so sei es dem Bau- und Umweltausschuss seit langem ein Anliegen, dies umzusetzen. Auch die modulare Bauweise müsse eine Rolle spielen. Man müsse sehen, dass das Gebäude sukzessive wachsen könne.

Viel schwieriger werde hingegen die Finanzierung des Ganzen. Im Hochbauinvestitionsprogramm stünden 10 Mio. €. Dieses sei im Bau- und Umweltausschuss intensiv behandelt worden. Man habe Maßnahmen definiert, die im Zeitraum bis 2015 umgesetzt werden sollen. Im Investitionsprogramm seien auch dringliche Sanierungsmaßnahmen enthalten. Man wolle nicht, dass diese hinten herunterfallen. Als konkretes Beispiel führt Kreisrat Durz das Gymnasium Gersthofen an und betont, der Landkreis dürfe seinen Bestand nicht verkommen lassen.

Wenn man nun über ein neues Gymnasium – konsequenterweise mit Turnhalle – in einer Größenordnung von 32 Mio. € rede, dann müsse man sich Gedanken machen, wie man diese 32 Mio. € finanziere. Es sei notwendig, sich über sämtliche Finanzierungsformen Gedanken zu machen. Mit der Entscheidung für den Standort 2 brauche man auch eine dezidierte Aussage zur Finanzierung.

**Kreisrat Hölzl** fragt nach, ob ein gemeinsamer Beschluss der beiden Ausschüsse angebracht ist. **Landrat Sailer** erklärt, dass unterschiedliche Beschlüsse zu fassen sind.

Daraufhin bezieht **Kreisrat Hölzl** im Namen seiner Fraktion für den Bereich des Schul- und Kulturausschusses abschließend Stellung. Die CSU-Fraktion stimme dem Raumprogramm

zu. Ebenso werde es für richtig erachtet, bei der Regierung von Schwaben die schulaufsichtliche Genehmigung für ein vierzügiges Gymnasium zu beantragen.

Im Nachhinein könne festgestellt werden, dass es richtig gewesen sei, die Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Man habe nun klare Zahlen und könne eine Entscheidung auch begründet treffen. Neu sei heute die Erkenntnis, dass das Gymnasium vierzünftig sein werde. Die Vierzügigkeit schein wohl für die Zukunft gesichert. Auch die Kosten seien jetzt bekannt. Beide Standorte würden sich in Bezug auf die Finanzen ungefähr gleich darstellen. Deshalb sprächen sich auch die Mitglieder der CSU-Fraktion im Schul- und Kulturausschuss einhellig für den Standort westlich der Bahnlinie und somit für einen Neubau aus. Damit seien aber auch ein paar Anregungen oder Forderungen verbunden.

Zum einen sei dies die bereits angesprochene modulare Bauweise. Zum Raumprogramm werde vorgeschlagen, ab sofort auch über die Notwendigkeit einer Dreifachsporthalle beim neuen Gymnasium zu sprechen, auch wenn diese jetzt noch nicht umgesetzt werden müsse. Darüber hinaus sollten alle energetischen Gesichtspunkte berücksichtigt werden, um der heutigen Forderung nach einer ökologischen Bauweise (eventuell auch Holzbauweise) gerecht zu werden.

Alternative Finanzierungsmodelle müssten intensiv diskutiert werden. Die CSU-Fraktion gehe davon aus, dass die Gemeinde das Grundstück voll erschlossen, d. h. beitragsfrei, zur Verfügung stelle.

Ein Neubau sei aus Nachhaltigkeitsgründen somit wesentlich positiver zu beurteilen als die Sanierung, zumal dieser ohne jede räumliche Begrenzung (Verkehrerschließung, Freisportanlagen etc.) wäre, so Kreisrat Hölzl.

**Kreisrat Buhl** erteilt die Zustimmung zu Punkt 1 und 2 des Beschlussvorschlags. Bei Punkt 3 wähle seine Fraktion den Standort 2, also den Neubau. Es bestehe jedoch die Befürchtung, dass durch diese doch sehr massive Investition andere Maßnahmen deutlich verschoben werden müssen. Es gehöre bei dieser Entscheidung heute daher zur Ehrlichkeit dazu, dies laut und deutlich zu sagen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn gerade die geistigen Wegbereiter in Diedorf, nämlich die Schulleitung aus Gersthofen, dann vielleicht die Leidtragenden wären. Kreisrat Buhl erhebt deshalb zum Antrag, diese Investitionen nochmals auf den Prüfstand zu nehmen und mit den fortgeschriebenen Zahlen neu zu diskutieren.

**Landrat Sailer** sichert dies zu. Dies müsse im Gesamtkontext mit den alternativen Finanzierungsmodellen betrachtet werden.

Anschließend stellt **Kreisrat Steinbacher** fest, dass inzwischen alles gesagt wurde. Das Einzige, das neu gewesen sei, sei die Aussage von Kreisrat Durz im Hinblick auf die Finanzierung. Eine alternative Finanzierung sei sicherlich ein Thema, allerdings nicht nur für das Gymnasium Diedorf. Vielmehr müsse man hier das Gesamtpaket sehen.

**Landrat Sailer** erklärt, man werde die Verwaltung beauftragen, diese alternativen Finanzierungsmöglichkeiten darzustellen. **Herr Schwindling** gibt zu verstehen, dass es sich bei PPP um keine alternative Finanzierungs-, sondern um eine alternative Beschaffungsmethode handelt. Unter dem Strich müsse dies der Landkreis zahlen. Jedoch könne man hier in längeren Zeiträumen denken.

Von **Kreisrat Högg** wird dargelegt, dass der Markt Diedorf im Vorfeld seine Hausaufgaben gemacht habe, als es um das Grundstück und die Erschließung gegangen sei. Der Markt Diedorf werde auch in Zukunft seine Hausaufgaben rechtzeitig und gründlich erledigen, damit es zu dem neuen Standort komme. Der komplette Gemeinderat sei für das neue Gymnasium am neuen Standort. Auch ein Großteil der Bevölkerung befürworte das Projekt.

In seiner Funktion als Kreisrat möchte Kreisrat Högg seine Kollegen Durz und Hölzl in ihrer Aussage bestärken. Zu keiner Zeit hätten irgendwelche Rückzugsgefechte der CSU-Fraktion stattgefunden. Vielmehr sei die CSU-Fraktion die erste Fraktion gewesen, die sich intensiv

mit diesem Projekt – mit der Bauweise, der Ökologie oder aber der Finanzierung – befasst und auch Vorschläge gemacht habe. Es könne nicht sein, dass in der Haushaltsberatung aus der Hüfte geschossen werde und man sich erst hinterher Gedanken mache. Die CSU-Fraktion mache dies umgekehrt. Sie mache sich ihre Gedanken im Vorfeld und komme dann zu dem Schluss, dass der neue Standort der beste für den Landkreis, für die Kommune und für den ganzen westlichen Landkreis sei.

Im Namen der SPD-Fraktion stimmt **Kreisrätin Grünwald** dem anliegenden Bauprogramm zu. Eine Vierzügigkeit stehe außer Frage. Vergleiche man die Zahlen, dann sprechen die Fakten für den Standort 2 beim Bahnhof. Bezüglich des Zeitpunkts oder der Art der Finanzierung stellt Kreisrätin Grünwald fest, dass heute schon ein paar Mal das Stichwort Gersthofen gefallen sei. Es gebe eine Konkurrenz verschiedener Schulstandorte, die eine Menge Geld bräuchten. In der vom Schul- und Kulturausschuss beschlossenen Prioritätenliste stünden jedoch die Beruflichen Schulen Neusäß an erster Stelle. Bei allem Engagement für Diedorf und Gersthofen dürfe man dies nicht vergessen, weshalb eine entsprechende Einarbeitung in das Bauinvestitionsprogramm erfolgen müsse.

Bezüglich der Art des Baus sei es sicherlich richtig und erfreulich, dass Einigkeit dahingehend bestehe, möglichst energetisch sparsam zu bauen. Kreisrätin Grünwald erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass vor einigen Jahren der Neubau der Realschule Zusmarshausen angestanden habe und auch damals schon die Debatte geführt wurde, diese als Passivhausschule zu bauen. Leider konnten sich damals noch einige Wenige nicht damit durchsetzen. Dass dies nun so aktuell sei, sei nicht alleine der CSU zuzuschreiben.

Von **Landrat Sailer** wird klargestellt, dass die Prioritätenliste wie besprochen belassen werden soll. Dies werde nicht zuletzt dadurch unterstrichen, dass momentan der Architektenwettbewerb für die Beruflichen Schulen Neusäß auf den Weg gebracht werde.

Für die Freien Wähler fasst **Kreisrat Weiher** zusammen, dass man ebenfalls für das neue Bauprogramm und damit für die Vierzügigkeit wie auch für den Standort 2 westlich der Bahnlinie sei. Die Freien Wähler hätten sich hierfür bereits ausgesprochen, als dies bei der CSU-Fraktion noch nicht ganz so klar gewesen sei. Des Weiteren sollte es heutzutage für die öffentliche Hand Pflicht sein, so gut als möglich energetisch zu bauen. Dies sollte in den zuständigen Gremien an und für sich gar keine Frage sein.

Zum energetischen Bauen verweist **Landrat Sailer** auf den Grundsatzbeschluss, wonach der Landkreis auf höchstem Niveau nicht nur sanieren, sondern auch bauen möchte, und zwar dort, wo dies auch Sinn macht. Ökonomie und Ökologie müssten dabei im Einklang sein. Diesbezüglich sei man bisher immer einer Meinung gewesen.

Auch **Kreisrat Wittmann** spricht sich für die Variante 2 aus. Er erinnert an den von der FDP vor ca. 1 ½ Jahren eingereichten Antrag, mit Holz zu bauen. Im Forst Diedorf/Biburg gebe es riesige Mengen an Holz, die eventuell für den Bau verwendet werden könnten. Mit dem Kollegen Völk habe er hierüber schon die eine oder andere Diskussion geführt. Dieser wäre durchaus aufgeschlossen, die Schule in einer solchen Bauweise zu errichten. Es sollte eine Aufgabe an den Architekten sein, den Baustoff Holz bei der Planung zu berücksichtigen. Für den Passivhausstandard wäre diese Bauweise ohnehin von Vorteil.

**Kreisrat Reisbacher** unterstützt ebenfalls den Standort 2.

Auf Vorschlag von **Landrat Sailer** ergehen folgende Beschlüsse:

### Beschluss des Bau- und Umweltausschusses:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für ein vierzügiges Gymnasium in Diedorf den Standort 2 (gegenüber dem Bahnhof Diedorf) bei der weiteren Planung vorzusehen. In die Planung sollen alle Aspekte einer energetisch optimierten Bauweise (z. B. Errichtung als Holzbau) einbezogen werden. Ferner soll geprüft werden ob hierfür Sonderzuschüsse möglich wären.
2. Es ist zu prüfen, ob das Gymnasium in einer modularen Bauweise bzw. in Abschnitten gemäß dem jeweiligen Bedarf errichtet werden kann.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen.
4. Mit dem Markt Diedorf soll dahingehend verhandelt werden, dass das Grundstück dem Landkreis voll erschlossen, d. h. erschließungsbeitragsfrei zur Verfügung gestellt wird. Eine entsprechende Vereinbarung mit dem Markt Diedorf ist vorzubereiten.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

### Beschluss des Schul- und Kulturausschusses:

1. Der Schul- und Kulturausschuss beschließt das als Anlage beigefügte Raumprogramm in der Fassung vom 25.05.2011.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Regierung von Schwaben eine schulaufsichtliche Genehmigung für ein vierzügiges Gymnasium zu beantragen.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 2    Verschiedenes</b>
-------------------------------

- keine Vorlagen -

#### **TOP 3    Wünsche und Anfragen**

- keine -

**Öffentliche Sitzung des Schul- und Kulturausschusses:**

<b>TOP 8</b>	<b>Volkssternwarte und Planetarium Streitheim e. V.;</b> <b>Landkreiszuschuss zum Bau eines Planetariumsgebäudes mit Einrichtung</b> <b>Vorlage: 11/0148</b>
--------------	--

Anlagen: 1 Antragsschreiben mit Kosten- und Finanzierungsplan

**Sachverhalt:**

Herr Martin Mayer hat bereits während seiner aktiven beruflichen Tätigkeit als langjähriger Leiter des Schullandheimes der Diözese Augsburg in Violau eine Sternwarte errichtet und dort im Rahmen der Jugend- und Erwachsenenbildung Sternwartenführungen durchgeführt. Im Anschluss an sein aktives Berufsleben konnte er mit Unterstützung des Marktes Zusmarshausen in Streitheim ein geeignetes Grundstück erwerben und darauf als privilegiertes Außenbereichsvorhaben neben seinem Wohnhaus ein separates Gebäude zur Unterbringung einer Volkssternwarte errichten. In diesem Volkssternwartengebäude befinden sich im Wesentlichen ein Vortragsraum mit Anschauungsmaterialien und Demonstrationsgegenständen sowie ein sich anschließender Beobachtungsraum mit Fernrohren, welche bei trockenem Wetter durch öffnen eines Rollschiebedaches bei unbewölktem Abendhimmel für Beobachtungen zum Einsatz kommen.

Mittlerweile schließt sich dem Sternwartengebäude eine öffentlich zugängliche astronomische Pergola an, an deren Errichtung sich der Landkreis Augsburg in 2008 mit einem Zuschuss in Höhe von 5.000 € beteiligt hat. Im Umgriff der Sternwarte befinden sich an der Südwand des Gebäudes eine Sonnenuhr mit Zentrallinie der Sonnenfinsternis vom 11.08.1999, auf dem sich anschließenden Gelände ein Sonnenschreiber (tägliche Erfassung der Sonnenscheindauer) und ein Gnomon (Vorläufer der Sonnenuhr, Schattenstab zeigt zur Mittagszeit die Jahreszeit an) sowie auf dem Dach des Gebäudes eine Meteoriten-Ortungsanlage der DLR Berlin (Registrierung von Meteoritenfall). Im überdachten Gang vor der Sternwarte ist eine hinterleuchtete Dokumentation der Milchstraße mit Tierkreiszeichen zu sehen, die Darstellung der Planeten unseres Sonnensystems und Großbilder zum Thema Mond. Eingehaust in einer übermannshohen, klimatisierten Glasvitrine sind ein Foucault'sches Pendel (Beweis für die Erddrehung), ein beleuchteter, sich drehender Erdglobus sowie einer der vorläufig letzten Nachbildungen eines unvollendeten Mondglobuses von Tobias Mayer. Auf einem großen Flachbildschirm können daneben Tag und Nacht sich aktuell wechselnde Bilder der ganzen Erde, welche die geostationären Wettersatelliten „Metrosat 8“, „Metop-A“ und „Noaa 18“ senden, frei zugänglich von den in der überdachten Pergola stehenden Besucher betrachtet werden.

Nahezu täglich finden nach Angaben von Herrn Mayer in der Volkssternwarte Streitheim Führungen, oftmals parallel in Besuchergruppen mit je 8 bis max. 25 Personen statt. Dabei wird es von der Volkssternwarte bedauert, wenn bei Führungen am späten Abend kein wolkenloses Wetter herrscht und sich demzufolge weder eine Erläuterung des bei klarer Sicht erkennbaren Sternenhimmels noch eine Beobachtung mit Fernrohren durchführen lässt. Ein Planetarium hätte hierzu den Vorteil, Sternwartenbesuchern bei jeder Wetterlage den Sternenhimmel an der Kuppel des Planetariums erläutern und anschaulich vorführen zu können. Insofern würde ein Planetarium aus Sicht von Herrn Mayer eine ideale Ergänzung und Vervollständigung der bestehenden Volkssternwarte Streitheim darstellen.

Bemühungen in den zurückliegenden Jahren, ein Planetariumsgerät zu erwerben, sind dabei bisher erfolglos verlaufen. Erst in den letzten Monaten hat sich die Gelegenheit ergeben, ein (etwa 40 Jahre altes) Planetariumsgerät Marke Zeiss (Jena), Type ZKP 1, Bauart nach Bauersfeld, erwerben zu können. Mittlerweile sind auch Planungen zur Errichtung eines Gebäu-

des zur Unterbringung des Planetariums so weit gediehen, dass aus heutiger Sicht, was die zu finanzierenden Aufwendungen betrifft, nach einer ersten Kostenschätzung davon ausgegangen werden kann, dass neben dem Kaufpreis für das Planetariumsgerät in Höhe von 10.000,00 € für die Erstellung des gesamten Bauwerkes einschließlich Kuppel und für die notwendige Einrichtung (insbesondere Bestuhlung) Kosten in Höhe von 70.000,00 € anfallen werden, so dass wohl mit Gesamtaufwendungen in Höhe von etwa 80.000,00 € zu rechnen ist. Auf die beiliegende Kostenerfassung mit Finanzierungsplan hinsichtlich erbetener Zuwendungen darf Bezug genommen werden.

Geklärt werden konnte inzwischen auch die Frage hinsichtlich des Antragsstellers. Trat hier in den zurückliegenden Jahren immer Herr Mayer als Privatperson auf, konnte mittlerweile als Maßnahmeträger der gemeinnützige Verein „Volkssternwarte und Planetarium Streitheim e. V.“ am 14.12.2010 gegründet werden.

Über die Regionalentwicklung Augsburg Land West e. V. wird derzeit ein entsprechender Antrag auf Zuweisung von Leader-Mitteln vorbereitet. Diese spielen wie dem beigefügten Finanzierungsplan entnommen werden kann, eine bedeutende Rolle bei der Maßnahmenrealisierung. Die erforderliche Kofinanzierung aus der Region soll demnach zu gleichen Teilen durch den Markt Zusmarshausen, den Landkreis Augsburg und den Bezirk Schwaben erfolgen. Die übrigen Mittel sollen über private Spenden und die Kreissparkasse Augsburg erbracht werden. Für eine erfolgreiche Antragstellung ist hierzu die Finanzierungszusage der genannten Beteiligten erforderlich.

Im Haushalt 2011 des Landkreises Augsburg sind hierfür keine Mittel vorgesehen. Eine Finanzierungszusage kann demnach nur nach einer entsprechenden Empfehlung des Schul- und Kulturausschusses und vorbehaltlich der Haushaltsberatungen 2012 ausgesprochen werden.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt.	HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten:	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
10.000 €	<input checked="" type="checkbox"/> keine	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
	€	10.000 €	€

Bemerkungen:

Nachdem Herr Mayer bereits anwesend ist, wird dieser Tagesordnungspunkt vorgezogen.

**Herr Mayer** erläutert seinen Antrag und bittet um Bereitstellung der gewünschten Mittel.

**Kreisrat Hölzl** erklärt, die Leistungen von Herrn Mayer in der Vergangenheit seien weit über die Region hinaus beispielhaft. Er verweist auf den vorletzten Absatz in der Vorlage, wonach für eine erfolgreiche Antragstellung die Finanzierungszusage der genannten Beteiligten erforderlich ist und möchte wissen, ob Herr Mayer schon Zusagen habe und wie sicher diese

zu werten seien. Sollte einer der Genannten nicht mitspielen, dann wackele die gesamte Finanzierung.

Aus diesem Grund sollte der Zuschuss auch unter den Finanzierungsvorbehalt des Kreistages gestellt werden, so **Landrat Sailer**. Das Finanzierungskonzept müsse insgesamt greifen. Die Absichtserklärungen existieren noch nicht in Form von Beschlüssen, die Absicht der Bezuschussung wurde aber in Vorgesprächen bekundet.

Laut **Herrn Mayer** wird die Gemeinde noch heute die endgültige Entscheidung treffen. Er habe im Voraus mit allen Beteiligten gesprochen und sei zuversichtlich, dass alle mitmachen werden.

**Kreisrat Walter** teilt mit, Martin Mayer sei lange Jahre Leiter des Schullandheimes in Violau gewesen und habe dort die Volkssternwarte aufgebaut. Beim dem jetzt vorliegenden Anliegen handle es sich ebenfalls um etwas, das in hohem Maße in der Allgemeinheit wirke. Eine Vielzahl von Leuten hätten schon die Möglichkeit gehabt, dies mitzuerleben. Unter anderem erfolge auch immer wieder ein kostenloses Engagement im Rahmen der Ferienprogramme. Insofern hält Kreisrat Walter es als sinnvoll, hier als Landkreis mit einzusteigen.

Daraufhin trägt **Landrat Sailer** den abgeänderten Beschlussvorschlag vor.

**Kreisrat Jahn** erkundigt sich noch danach, ob eine Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn erforderlich ist. **Kreisrat Dr. Stumböck** teilt mit, ein vorzeitiger Baubeginn werde nicht erfolgen. REAL West könne den Antrag erst stellen, wenn alle Finanzierungszusagen vorliegen.

Daraufhin fassen die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses wie folgt

### Beschluss:

Der Schul- und Kulturausschuss stimmt einem Zuschuss an die Volkssternwarte und Planetarium Streitheim e. V. zum Bau eines Planetariumsgebäudes mit Einrichtung und Erwerb eines Planetariumsgerätes bis zu einer Höhe von 10.000 € zu und empfiehlt dem Kreistag die Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushalt 2012.

Die Zustimmung steht unter folgenden Vorbehalten:

1. Das vorgeschlagene Finanzierungskonzept wird umgesetzt und greift.
2. Das Planetariumsgebäude muss der Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich sein.
3. Die erforderlichen Mittel müssen durch den Kreistag im Kreishaushalt 2012 bereitgestellt werden.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0



<b>TOP 7 Fortschreibung Schulgutachten; Auftrag Vorlage: 11/0145</b>
--

**Landrat Sailer** schlägt vor, die Fortschreibung des Schulgutachtens aufgrund der zurzeit laufenden Diskussionen (Stichwort Zwiegliedrigkeit) zurückzustellen.

Hiermit besteht seitens des Schul- und Kulturausschusses Einverständnis.

<b>TOP 9 Budgetverteilung für freiwillige Leistungen im Bereich der Musikpflege im Haushaltsjahr 2011 Vorlage: 11/0103</b>
--

Sachverhalt:

Im Zuge der Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 wurde über die Aufteilung des Gesamtbudgets auf die nachstehend genannten Projekte und Maßnahmen im Schul- und Kulturausschuss beraten. Dabei wurde das Budget mit 10.000 € dem Allgäu-Schwäbischen Musikbund Bezirk 13 und 15, mit 3.000 € dem Augsburger Sängerkreis sowie mit 3.000 € dem Schwäbischen Jugendsinfonieorchester zugeordnet. Über die Verteilung innerhalb des Allgäu-Schwäbischen Musikbundes sollte nach den Haushaltsberatungen entschieden werden. Nach zwischenzeitlich erfolgter Rechtskraft des Kreishaushaltes 2011 ist somit nun die endgültige Budgetverteilung vorzunehmen.

Im Einzelnen sind es folgende Positionen, wobei es sich bei den freiwilligen Kreiszuschüssen allesamt lediglich um Anerkennungsbeträge für Aufgaben von Dachverbänden bzw. für Einrichtungen zur Erfüllung regionaler Aufgaben handeln kann:

Bezeichnung	2009 €	2010 € Beschluss/ bewilligt	2011 € Vorschlag
<b>HhSt. 3320.7090 Zuschüsse für lfd. Zwecke für Musikpflege</b>	<b>18.500</b>	<b>16.000</b>	<b>16.500</b>
a) Allgäu-Schwäbischer Musikbund (Bezirk 13, Schwabmünchen) (Bezirk 15, Augsburg)	10.000 (4.600) (5.400)	10.000 (5.500) (4.500)	10.000 (4.900) (5.100)
b) Förderung des Chorgesangs - Augsburger Sängerkreis (ASK) - Sängerkreis Unterer Lech (2010 kein Antrag)	3.000  500	3.000  -	3.000  500
c) Schwäbisches Jugendsinfonieorchester	5.000	3.000	3.000

Die Verschiebung bei den **Teilansätzen für die ASM-Bezirke 13 und 15** ist auf Veränderungen bei der Anzahl der Jugendlichen zurückzuführen. Nachdem der Zuschuss des Landkreises Augsburg zweckgebunden für die überörtliche Jugendarbeit verwandt werden soll, machen sich Veränderungen in der Anzahl der Jugendlichen in der Höhe des Zuschusses bemerkbar. Diese Aufteilung orientiert sich dabei anhand der eingereichten Anträge der einzelnen Kapellen auf Gewährung von Zuschüssen des Jugendamtes des Landkreises Augsburg zur Förderung der regelmäßigen aktiven Jugendarbeit. So ist sichergestellt, dass die in der entsprechenden Richtlinie des Landkreises zugrunde gelegten Mindestanforderungen, wie z. B. Jugendsatzung, Jugendleiter, Nachweis regelmäßiger Jugendaktivitäten, Mindestanzahl Jugendlicher usw., auch für diesen Zuschuss Anwendung finden.

**Herr Seitz** stellt den Sachverhalt dar. Der Schul- und Kulturausschuss fasst folgenden

### Beschluss:

Für die in der Sachverhaltsdarstellung einzeln genannten Maßnahmenträger und Aufgabenbereiche wird das im Kreishaushalt 2011 bereitgestellte Budget wie folgt aufgeteilt:

<b>Bezeichnung HhSt.</b>	<b>Budget 2011 Euro</b>	<b>Aufteilung 2011 Euro</b>
ASM, Bezirk 13	10.000	4.900
Bezirk 15		5.100
Augsburger Sängerkreis	3.000	3.000
Sängerkreis Unterer Lech	500	500
Schwäbisches Jugendsinfonieorchester	3.000	3.000
Zusammen HhSt. 3320.7090	16.500	16.500

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14  
Nein-Stimmen: 0

### **TOP 10    Verschiedenes**

**Landrat Sailer** informiert zur FOS im südlichen Landkreis über ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister und dem Schulreferenten der Stadt Augsburg, in dem diese gebeten wurden, von ihrer Seite aus wegen der Nutzung von vorhandenen Räumlichkeiten im südlichen Landkreis bzw. der Errichtung von Außenklassen initiativ zu werden. Die Stadt Augsburg sehe keinen Bedarf und werde daher auch keinen entsprechenden Antrag stellen.

<b>TOP 11    Wünsche und Anfragen</b>
---------------------------------------

**Kreisrat Buhl** teilt mit, dass ihn einige Botschafter angesprochen und sich dafür bedankt hätten, dass sie in den letzten Tag das neue Landkreisbuch bekommen haben. Dieses sei sehr gut angekommen. Die Botschafter würden sich schon auf ein nächstes Treffen bzw. den nächsten Botschafter-Newsletter freuen.

28. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses  
31. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses, 28.06.2011

Seite 20

28. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses  
31. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses 28.06.2011